



Nur "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" kann Missbrauch in der Leiharbeit verhindern

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 20. Mai 2010

"Mit der Schließung von Hintertürchen ist es nicht getan. Solange der Grundsatz 'gleicher Lohn für gleiche Arbeit' nicht wasserdicht gesetzlich festgeschrieben ist, wird der Missbrauch in der Leiharbeit auf anderen Wegen weitergehen", kommentiert Klaus Ernst die Ankündigung von Bundesarbeitsministerien Ursula von der Leyen (CDU), die Ersetzung von Stammbeschafteten durch Leiharbeiter wie im Fall Schlecker nicht länger zu tolerieren. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Schlecker ist nur die Spitze des Eisbergs. Während der Missbrauch in der Leiharbeit Tag für Tag weitergeht, belässt von der Leyen es seit fast einem halben Jahr bei bloßen Ankündigungen. Wie lange sollen die Beschäftigten in der Leiharbeit eigentlich noch auf ihre Rechte warten? Die Ministerin muss endlich handeln und gegen den Missbrauch in der Leiharbeit vorgehen. Schlupflöcher zu schließen, wird dabei nicht reichen. DIE LINKE fordert neben

gleichem Lohn für gleiche Arbeit auch eine massive Einschränkung der Leiharbeit, die Begrenzung der Überlassungshöchstdauer sowie die Ausweitung der Mitbestimmung von Betriebsräten."